



Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Redaktionssatz: Die neuemal geplante Rationalisierung über breiten Raum 10 % für Betriebsausgaben 20 % für die Nettomiete (anfänglich nur ein Betriebszettel einer Tageszeitung 100 RM). Ansonsten kann nur mehrere von 8 Uhr an in der Tradition Dresden-M. 1, Güterbahnhofstraße 2

Redaktionssatz: Jede Seite monatlich 2,50 RM (außer im verein), durch die 100 RM (ohne Gehaltsabzug). Der „Arbeitsklima“ erfordert 100 DM, außer an Sonn- und Feiertagen. In allen höheren Gewalt besteht kein Widerstand auf Lieferung der Zeitung aber auf Zurückhaltung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden, Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Telefon 17250. Redaktion: Dresden 18 400. Sprechstunden: Montags 16-18 Uhr, Dienstag, Mittwoch 17-18 Uhr, Dienstags- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18-19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 12. Juni 1930

Nummer 134

Die sächsische SPD-Lügengresse entlarvt:

Die Karten sind aufgedeckt!

Nordwest-Schiedsspruch der „Erfolg“ der Berliner Arbeitsgemeinschaftsverhandlung — Lohn- und Gehaltsabbau mit Hilfe der Gewerkschaften — Rechnet ab am 22. Juni! — Organisiert den Kampf!

„Welche Folgen aber tatsächlich die Rationalisierung auf die Lage der Massen gehabt hat, wissen wir nur allzu gut. Millionen liegen auf die Straße, und augenblicklich ist man dabei, ihnen ihre kärgliche Arbeitslosenunterstützung noch zu beschneiden.“ (Dresdner SPD-Organ von gestern zum Nordwest-Schiedsspruch)

Dresden, 12. Juni.

Das jährlinge Proletariat steht im Wahlkampf. Die Wahlbetrüger führen die Trommel zum Stimmensang. Bürgerblod, Nazis, „links“ SPD-Führer, sie alle entdecken ihr Herz für die hungrenden Massen, wollen ihre begangenen Verbrechen verpalten machen und nach den Wahlen sich zu neuen zusammenfügen. Unsere beiden oben angeführten Zitate sind ein Beispiel für das Ausmaß des gegenwärtigen Wahlbetrugs. Doch damit nicht genug. Wir haben behauptet, daß der Nordwest-Schiedsspruch, der einen allgemeinen Abbau der Löhne und niedrige Gehälter einführen soll, das erste Ergebnis der neuen Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen zwischen Bürgerblod, Kapitalisten und der Gewerkschaftsbürokratie der verschiedenen Richtungen ist. Ohne nicht der prinzipiellen, want auch mit einigen demagogischen Vorbehalten vereinigten Bereitschaft der Bürokratie zum Abbau der Löhne und Gehälter gewiß zu sein, würden Kapitalisten und Schlichter ihre Provokationen nicht wagen. Unsere Behauptungen werden 100%ig bestätigt. Während das Zentralorgan der SPD, der Vorwärts, in seiner geläufigen Ausgabe lediglich schreibt:

„Gegenwärtig stehen bekanntlich die Spitzenorganisationen der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften in Verhandlungen darüber, wie die Wirtschaftskrise überwunden werden kann.“

Doch gestern das Organ der weiblichen Großindustrie, die Politische Zeitung offen die Karten auf:

„... es war ja bekannt, daß Vertreter von Arbeitgeberseite von Arbeitnehmerseite in vorhergehenden und in gleichzeitigen Aussprüchen zu starken Annahmen in ihren Ansichten über die Mittel, die zur Belebung der Wirtschaftskrise erforderlich werden, gekommen sind. Auch in den Nachverhandlungen zum (Nordwest-) Schiedsspruch selbst ist nicht mehr so sehr der prinzipielle Gegensatz hier Kapital — hier Arbeit, mit der Schärfe der früheren Röte zutage getreten.

„Rationalisierung. In Uebereinstimmung mit der Reichsverbanddenkschrift halten wir die Rationalisierung ... für eine der wichtigsten Voraussetzungen der Wohlfahrtssteigerung.“

(Aus der Denkschrift des ADGB vom Februar 1926)

„... Diese Hoffnung, daß man an die Lösung unserer wirtschaftlichen Nöte nur in gemeinsamer Arbeit herangehen wird, wird gestärkt durch den bisherigen Verlauf der Verhandlungen zwischen dem Reichsverband der Industrie, der Vereinigung der Arbeitsgemeinschaften, mit den Vertretern der Gewerkschaften. Man ist in dem Grundsatz einig geworden, daß die Arbeitslosigkeit durch eine Senkung der Erzeugungs kosten (dies: Lohn- und Gehaltsentlastung) beseitigt werden müsse ... So leicht der Spruch von Deynhausen an der Schwelle einer besseren Zusammenarbeit von Arbeitern und Unternehmern und an der Schwelle besserer Zeiten.“ (Für die Kapitalisten — d. Red.)

Hier sind die Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen zwecks Lohn- und Gehaltsabbau, Verstärkung der Schichtungsfesteln, Streitabmilderung, Unterstützungsraub offen aufgedeckt. Die „links“ SPD-Pretze in Sachsen leugnet nach wie vor, belohnt uns Kommunisten als „Vorleunder und Lügner“. Die „links“ SPD-Führer unterlassen es, in Betrieb und Gewerkschaften, in den Massenorganisationen einen Protestklang zu entfesseln, das Verbrechen der Gewerkschaftsbürokratie mit der Organisierung revolutionärer Massenfälle zur Niederkirzung des Bürgerblodes zu beantworten. Statt dessen bringt die Dresdner Volkszeitung von gestern die Aufrückerung, sozialdemokratisch zu wählen, die Partei der Gewerkschaftsbürokratie zu wählen, deren „Opposition“ gegen die Bürgerblodherrschaft ein grandioser Vertrag ist.

Kein Arbeiter, kein Angestellter wird diese Partei wählen, sein sozialdemokratischer Arbeiter, der sich nicht aufs neue an die Bourgeoisie verlaufen lassen will, wird Wahlarbeit für die verräderlichen Führer leisten, er wird kämpfen mit der kommunistischen Partei, Kämpfe organisieren unter Führung der KPO.

Das rote Sachsen wird den Vertretern am Proletariat antworten am 22. Juni! Es wird Kommunisten, Liste 3, wählen!

... erklären sie, „wer den Youngplan anerkennt, muß auch seine Ausführungsrechte anerkennt“.

Sagt diesen Betrügern, ob nicht Fried in Thüringen den Youngplan durchführt? Wo ist Frieds Aufruf an die Beamten zum Generalstreik gegen Young? Wo, wenn ihr irgend etwas in Betrieben und Büros zu melden habt, sind von euch berortige Beschlüsse gefaßt und durchgeführt? Nirgends!

Diskutiert darüber! Klärt auf!

Krise und Ausweg

Richtschicht beginnen wir mit einer Kritik, die kommt: Ihr unter Wiedergänger wie auch für eine klare Ideologische Einführung des Proletariats gegenüber den Nöten in klassischer Tempore wirtschaftenden Wirtschafts- und Kaufleutebzogenen von großer Bedeutung ist. Insbesondere Theorie und „Aktionsprogramm“ des „links“ SPD-Führer lassen dabei eine eindrucksvolle Entgegenseitung finden.

Dresden, 12. Juni.

Kn. Die allgemeine Entwicklung des Nachkriegskapitalismus wird von einem entscheidenden, unlösbar Widerspruch bestimmt: der infolge Technik und Rationalisierung rapid zunehmende Produktivität der „rationalisierten“ Arbeit, der händig wachsenden Überproduktion einerseits, der immer mehr zusammenbrumpruhenden Aufnahmefähigkeit der Märkte andererseits. Der unmittelbare Zweck und das bestimmende Motiv der kapitalistischen Produktion ist die Produktion von Mehrwert, die allgemeine Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nur insoweit, als damit der kapitalistische Profit realisiert wird. Dieser Antagonismus, dieser Widerspruch, wird solange bleiben und sich ständig in neuen, größeren Katastrophen offenbaren, als die auf Privateigentum an den Produktionsmitteln aufgebauten kapitalistischen Wirtschaftsordnung herrscht, bei wachsender Vergesellschaftung der Arbeit und Produktion die Unregelmäßigkeit des Arbeitsertrages privat bleibt.

Der latente Widerspruch der nachkriegskapitalistischen Entwicklung mußte in dem Augenblick zur offenen Entfaltung, zur Katastrophe führen, als mit den Jahren 1926 bis 1928 die Neuauströmung der Betriebe durchgeführt, der Produktionsapparat mit Vollzugs zu arbeiten begann und die riesenhafte gewachsene Produktionsfähigkeit sich zu einem katastrophalen Verhältnis, zu einer relativ und teils sogar absoluten Übersättigung der Kaufkraft auswuchs. Das ist die entscheidende Grundlage, auf der die gegenwärtige akute Weltwirtschaftskrise beruht.

Selbst die suppedinen bürgerlichen Kulturforschungsinstitute, selbst die gerissensten reformistischen Apologeten der Bourgeoisie können heute nicht mehr leugnen, daß die gegenwärtige Krise, die durch den Eintritt Amerikas in die Krisenphase beigeleitet, vertieft und verbreitert wird, sich zu einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise riesigen Ausmaßes auswächst. Mehr als 17 Millionen Menschen sind in den kapitalistischen Industrieländern ohne Arbeit. Die strukturelle Erwerbslosigkeit der Nachkriegszeit erschafft eine sprunghafte Vergrößerung. Für Deutschland kennzeichnet die bürgerliche Presse kommenden Herbst 5 Millionen Erwerbslose. Die betriebszähligen Arbeiter und Arbeitnehmer werden von einer Lohnabsenkungs-offensive heimgesucht, Belohnung der Sozialfürsorge, fachliche „Spar“-politik mit den Mitteln eines ungeheuren Zoll- und Steuerwuchses erweitern das Maß der Ausbeutung der arbeitenden Massen als Produzenten und Konsumanten. Die wachsende Zahl der Bankrotte, Klientürze, Ruin von Millionen von Existenzien sind die Formen, in denen die finanziell-kapitalistischen Räuber die Untaten der Krise auf die selbständigen Klein- und Mittelproduzenten abzuwälzen versuchen. Der Versuch der Kapitalisten, durch neue Rationalisierung, Senkung der Gehaltssachen die Wirtschaft „anzuturben“, den Export nach ausländischen Märkten zu fördern, führt zur weiteren Senkung der Kaufkraft der Massen, verzögert die Absatzkrise, verbindet die kapitalistische Schleuderkonkurrenz auf den Märkten mit verschärften Zollkriegen, neuen Zollmaßnahmen zur Sicherung des einheimischen Marktes, führt zu weiteren Rüttungen und vergrößerten imperialistischen Konflikten, um die Neuauflistung der Welt.

Über das Kennzeichen der gegenwärtigen Krise, die auf dem Boden der latenten kapitalistischen Nachkriegskrise erwachsen ist, ist die gleichzeitige Verbindung zwischen Industrie- und Agrarkrisen. Mit der imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus haben sich riesige koloniale Kontinente zu Rohstofflieferanten der kapitalistischen Länder entwickelt. Die Imperialisten zwingen sie, nur solche Produkte herzustellen, deren die Industrie der Mutterländer bedarf, ohne Rücksicht auf die elementarsten Lebensbedürfnisse.

Die Kehrseite der „Wirtschaftskrise“

Ein 357-Millionen-Geschäft

Younganleihe ausgelegt — Nieder mit dem Youngplan! — Wählt Kommunisten!

Dresden, den 12. Juni.

Gestern erfolgte die Einigung der internationalen Bankiers über die Auslegung der Younganleihe. 300 Millionen Dollar sollen Deutschland zur Verfügung gestellt werden. Dazu kommen die riesigen Profite der Banken, die Gesamtanleihe soll somit 350 Millionen Dollar betragen.

Die einzelnen Staaten sind an der Anleihe beteiligt mit 98% Millionen Dollar für die USA, 2515 Millionen Franken Frankreich, 12 Millionen Pfund Sterling England, 73 Millionen Gulden Holland, 110 Millionen Lire Italien, 110 Millionen Kronen Schweden, 92 Millionen Franken die Schweiz, 36 Millionen Mark Deutschland. Der Ausgabefokus soll 9% Prozent und für Frankreich vorläufiglich 8% Prozent betragen. Der Zinsfuß für die Anleihe ist auf 5½ Prozent festgelegt. Die öffentliche Zeichnung dieser Anleihe soll am 12. und 13. dieses Monats erfolgen. Das Kapital und die Zinsen der Anleihe werden ohne Abzug irgendwelcher gegenwärtiger oder zukünftiger deutscher Steuern ausgezahlt.

Ein riesiges Geschäft, das die internationalen Bankhäuser auf Kosten der Weltländer in Deutschland machen, ein Ausplündерungsplan, an dem der wahre Arzt und Reichsbankpräsident Dr. Hans Luther aktiv mitgeholfen hat. Die Profite der internationalen Bankhäuser betragen für ihre „schwere Ar-

belt“ 50 Millionen Dollar, das sind rund 210 Millionen Mark. Die an der Anleihe beteiligten Kapitalisten, Industriellen usw. verdienen glatt 10 Prozent bei der Zeichnung, die, wie oben gemeldet, nur zu 90 Prozent höchstens erfolgt, das heißt: Wenn Hitlers Freund, Emil Hirschdorff, sich mit einer Million an dem Geschäft beteiligt, so braucht er nur 900 000 Mark zu zeichnen, erhält aber 1 Million verzinst und später zurückgezahlt. Der gesamte Profit aller an der Ausbeute beteiligten Kapitalisten beträgt somit 85 Millionen Dollar oder 357 Millionen Mark.

Während also den Ausbeutern hunderte Millionen glatt in den Rachen geworfen werden, greift diese überbordende die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten an. Nationalsozialisten, Bürgerblod und SPD-Führer haben seit Monaten in trauter Gemeinschaft Steuern und Zölle ins Unermüdliche gesetzigt. Diese Vorarbeit zur Ausplündung der Massen diente keinen anderen Zweck, als den großen Räuber an die Massen ausplündern zu lassen.

Die Räuberzüge betreiben eine demagogische Agitation. Sie, die die unverschämten Massensteuern des Brüderkabinets mithelfen haben, ebenso wie die SPD-Führer, schwören jetzt vom Verrat der Youngpartei und „Jordern“ „Generalstreik gegen Younggefecht“. In ihrem Blätter-